Blick in die Verflechtungen

Dass der Kalte Krieg noch längst nicht ganz auf- und verarbeitet ist, zeigte jüngst die Affäre um die Zuger Crypto AG. Ein von den Historikerinnen Sibylle Marti und Monika Dommann herausgegebenes Themenheft fokussiert auf den Nepotismus zwischen Industrie und Militär in der Schweiz jener Zeit.

Anatole Fleck

Vier Tage bevor der Bundesrat am 16. März die «ausserordentliche Lage» ausrief, hatte der Nationalrat noch über eine Volksinitiative debattiert: Die Kriegsgeschäfte-Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee und der Jungen Grünen verlangt, dass die Nationalbank (SNB) sowie Stiftungen und Pensionskassen Kriegsmaterialhersteller nicht mehr finanzieren dürfen. Die bürgerliche Mehrheit im Rat und der Bundesrat lehnten das Volksbegehren wenig überraschend ab. Die Initiative markiert nur den jüngsten in einer langen Reihe von politischen Streitpunkten zur Rolle der Schweiz auf dem globalen Rüstungsmarkt. Ihren Anfang fanden sie bereits nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und erreichten am 26.11.1989 einen indirekten Höhepunkt, als das Land gar über die Abschaffung der Armee abstimmte. Dazwischen liegt mit dem Kalten Krieg die 42 Jahre dauernde Epoche des ideologisch-militärischen Wettkampfs zweier Systeme, in welchem die «neutrale» Schweiz zwischen klarer Zugehörigkeit zum ideologischen Westen und wilden Autarkievorstellungen pendelte. Was das ideologische Fundament der totalen Landesverteidigung für Militär, Politik und Rüstung der Schweiz bedeutete, untersucht das Themenheft von Sybille Marti und Monika Dommann in fünf Fallstudien.

Marti legt dabei den Blick auf Atomares: Im Herbst 1945 setzt der Bundesrat die Schweizerische Studienkommission für Atomenergie (SKA) ein. Offiziell besteht deren Aufgabe darin, Wissen und Know-how im Bereich der Atomphysik zu vergrössern. In geheimen Dokumenten ist aber «die Schaffung einer schweizerischen Bombe» anzustreben sowie «Mittel zu studieren, die uns ermöglichen, uns gegen Uran-Bomben möglichst wirksam zu schützen». Aus der Bombe sollte glücklicherweise nichts werden. Die Entwicklung von Strahlenmessgeräten wurde dafür von der kriegstechnischen Abteilung (KTA) – der heutigen Armasuisse – vorangetrieben.

Exportschlager auf Auftrag des Bundes

Dabei suchte man zielstrebig die Zusammenarbeit mit der nationalen Industrie, obschon US-amerikanische und kanadische Geräte bereits auf dem Markt verfügbar waren. Um Schweizer Unternehmen zu Investitionen zu drängen, wurde eine inländische Wettbewerbssituation inszeniert – diese zusätzlich durch eine scheinbar ernsthafte Prüfung ausländischer Produkte angeheizt. Nicht nur finanziell profitierte das Militär von der inländischen Entwicklung: Da Strahlenmessgeräte technisch anspruchsvoll waren und deren Bedienung bestimmte Kenntnisse bedingte, rekrutierten sich in den Anfangsjahren der ABC-Sektion «die ABC-Offiziere denn auch ausnahmslos aus Ingenieuren, Chemikern, Physikern und Biologen».

Im Gegenzug war das Militär nicht nur Abnehmer des Endproduktes, sondern testete auch Prototypen. Der Wissenstransfer zwischen Zivilgesellschaft, Industrie und Milizarmee half im Falle der Strahlenmessgeräte der beauftragten Schweizer Firma Landis & Gyr viel: Die Zuger Firma verkaufte «bis zu Beginn der 1970er Jahre eine breite Palette von Strahlenmessgeräten» – war laut Marti dabei international konkurrenzfähig. Die Historikerin stellt zwar fest, dass der Kalte Krieg der rücksichtslosen Verfolgung schweizerischer Wirtschaftsinteressen in diesem Fall Grenzen setzte: Das inoffiziell abgeschlossene Hotz-Linder-Abkommen führte ab den 1950er-Jahren zu einer Klassifizierung der Strahlenmessgeräte als Kriegsmaterial – ein Export in die Oststaaten wurde auch durch den politischen Druck der USA beschnitten. Dennoch resultierte der Versuch, die Landesverteidigung mithilfe einer starken Rüstungsindustrie umzusetzen, in diesem Fall für Industrie und Militär in einer Win-Win-Situation.

Über die Gesetze hinaus

Was passieren kann, wenn die nach allen staatlichen Möglichkeiten befeuerte Rüstungsindustrie trotz Waffenembargo das Verkaufen nicht lassen will, zeigte schliesslich 1968 der Bührle-Skandal. Magnus Meister, Doktorand an der Universität Lausanne, befasst sich im Themenheft mit den darauffolgenden schweizerischen Rüstungsexporten in den Iran: Die als Folge des Bührle-Skandals eingeführten Kontrollmassnahmen stellen sich für Meister als nicht durchsetzbar heraus. Eine breite Verflechtung innenpolitischer Interessen bilde die eigentliche Grundlage für die Aufrechterhaltung dieser Waffenexporte, trotz der offiziell neutralen Positionierung der schweizerischen Aussenpolitik: «Der Fall Iran macht deutlich, dass die Waffenexportpolitik der Schweiz ein gutes Beispiel dafür ist, wie Kontinuität über eine angeblich restriktivere Gesetzgebung hinausgeht», so Meister.

Um die Doktrin autarke Landesverteidigung in der Bevölkerung zu verankern, schreckte der Bund auch vor plumper Propaganda nicht zurück – solange sie «schweizerisch» blieb: Monika Dommann analysiert hierbei die Affäre um den Film «Wehrhafte Schweiz». Im an der Expo 1964 gezeigten Film führt die Schweizer Armee eine bombastische Verteidigungsschlacht quer durch alle Truppengattungen. Es blitzt, röhrt und blendet aus allen Rohren. Die Auseinandersetzungen um Produktion und Rezeption der 70-Millimeter-Muskelschau ermöglichen Dommann den Blick auf die Verhältnisse zwischen Militär, Staat und Öffentlichkeit – «durch die Linse des Medienformates». Zu einem Medienskandal avancierte «die Wehrhafte Schweiz» nämlich nicht nur, weil der engagierte Werber Rudolf Farner durch Reklametätigkeit gegen die 1962 und 1963 lancierten Initiativen gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz federführend aufgefallen war, oder gewisse Kreise sich ob der martialischen Indoktrinierung empörten. Linke und konservative Kritik trafen sich – im Rückgriff auf Landesinteressen – auch bei der Beschäftigung einer ausländischen Filmequipe sowie Produzenten in einem Film über die Schweizer Armee. Das Reklamebüro Farners und seine Verbindungen zum Militärdepartement kamen gar in Bundesratssitzungen zur Sprache, und nach Verhandlungen zwischen Militär und VPOD wurden vier Schweizer FilmtechnikerInnen nachträglich engagiert, um die Fortsetzungen der Dreharbeiten zu sichern.

Das Themenheft zeigt die engen Verflechtungen von Militär und Industrie bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern während des Kalten Krieges auf. Inwiefern diese Entwicklungen bis ins Hier und Heute nachwirken, bleibt historische Spekulation – aber echte Debatten zur Rüstungsindustrie sind dem Land in jedem Fall bald wieder zu wünschen.

Itinera 47/2020, Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte: **Kriegsmaterial im Kalten Krieg.** Rüstungsgüter in der Schweiz zwischen Militär, Industrie, Politik und Öffentlichkeit. Hsg. Monika Dommann, Sibylle Marti. Schwabe Verlag, Basel 2020, 180 Seiten, 48 Franken.